

**Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit
und Sport**

Geschäftsstelle:
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Andrea Herschelmann
andrea.herschelmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1226
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und
Sport
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

6. Januar 2016
1 von 2

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **30.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
lade ich ein für

**Mittwoch, 13. Januar 2016, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

Tagesordnung:

- 1. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Bericht des Magistrats
101.17.1597
- 2. Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1904 -
- 3. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann
- 101.17.1905 -

4. Sachstand Anonyme Spurensicherung

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

Berichterstatter/in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

- 101.17.1906 -

Mit freundlichen Grüßen

Esther Kalveram

Vorsitzende

Niederschrift
über die 30. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport
am **Mittwoch, 13. Januar 2016, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

1. Februar 2016
1 von 5

Anwesende:

Mitglieder

Esther Kalveram, Vorsitzende, SPD
Donald Strube, 2. stellvertretender Vorsitzender, parteilos
Judith Boczkowski, Mitglied, SPD
Barbara Bogdon, Mitglied, SPD
Carsten Höhre, Mitglied, SPD
Monika Sprafke, Mitglied, SPD
Birgit Hengesbach-Knoop, Mitglied, B90/Grüne
Yasemin Ince, Mitglied, B90/Grüne
Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Norbert Hornemann, Mitglied, CDU
Bodo Schild, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Demokratie erneuern

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten
Manfred Aul, Vertreter des Seniorenbeirates
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat

Christian Geselle, Stadtkämmerer, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Dr. Ute Giebhardt, Frauenbeauftragte
Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Tagesordnung:

1. **Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern** 101.17.1597
2. **Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen** 101.17.1904

3. **Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen** 101.17.1905
4. **Sachstand Anonyme Spurensicherung** 101.17.1906

Vorsitzende Kalveram eröffnet die mit der Einladung vom 6. Januar 2016 ordnungsgemäß einberufene 30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Kalveram gibt bekannt, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 4 betr. anonyme Spurensicherung wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden, wobei zunächst Tagesordnungspunkt 4 behandelt werden soll. Die geänderte Tagesordnung wird von Vorsitzender Kalveram festgestellt.

1. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015

Bericht des Magistrats

101.17.1597

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, halbjährlich über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Stadtkämmerer Geselle berichtet über den aktuellen Stand zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Im Rahmen der Aussprache beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht von Stadtkämmerer Geselle wird zur Kenntnis genommen.

2. Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1904 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird das Gutachten des IWU zu den Kosten der Unterkunft kurz vorgestellt. Das Gutachten wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.
2. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird der Jahresbericht des Sozialamtes kurz vorgestellt. Der Bericht wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion. Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordneter Dr. Hoppe, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, einen Änderungsvorschlag, der von Stadtverordneter Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, übernommen wird.

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Gutachten des IWU wird im Bürgerinformationssystem als PDF eingestellt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke/Demokratie erneuern/Freie Wähler
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der geänderte Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen, 101.17.1904, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Sprafke

Vorsitzende Kalveram ruft nun die Tagesordnungspunkte 3 und 4 gemeinsam zur Beratung auf.

4. Sachstand Anonyme Spurensicherung

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1906 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Form werden die Spuren, die am Klinikum Kassel gesichert werden, aktuell gelagert und über welchen Zeitraum werden diese so gelagert, dass sie vor Gericht uneingeschränkt als Beweismaterial dienen können?
2. Sind beim Verfahren der Spurensicherung oder der Lagerung der Spuren noch Änderungen geplant, um die Gerichtsverwertbarkeit zu verbessern? Falls ja, welche?
3. Ist inzwischen geklärt, wer dauerhaft die Kosten für die anonyme Spurensicherung am Klinikum Kassel trägt?
4. Welche Schritte sind unternommen worden, um andere Kliniken im Stadtgebiet dazu zu bringen, ebenfalls eine anonyme Spurensicherung anzubieten?

Stadtkämmerer Geselle beantwortet die Anfrage. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von ihm und Frau Dr. Giehardt, Frauenbeauftragte, beantwortet.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Geselle erklärt Vorsitzende Kalveram die Anfrage für erledigt.

3. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1905 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel weist auf ihrer Internetseite darauf hin, dass am Klinikum Kassel die Möglichkeit zur anonymen Spurensicherung besteht.
2. Die Stadt Kassel wirkt beim Klinikum Kassel darauf hin, dass auch dort auf der Internetseite Informationen zum Angebot der anonymen Spurensicherung eingestellt werden.

3. Die Stadt Kassel setzt sich dafür ein, dass die Adresse des Klinikums Kassel auf der Internetseite der Organisation Terre des Femmes in der Auflistung der Kliniken erscheint, bei denen eine anonyme Spurensicherung angeboten wird.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag ihrer Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen, 101.17.1905, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schöberl

Ende der Sitzung: 18:01 Uhr

Esther Kalveram
Vorsitzende

Andrea Herschelmann
Schriftführerin

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

23. März 2015
1 von 1

**Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und
Asylbewerbern**

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.1597 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, **halbjährlich** über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

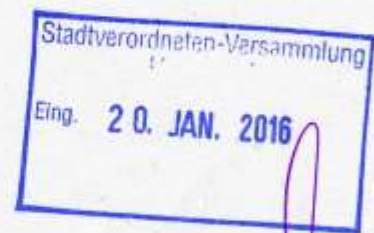
Beschluss

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, 101.17.1597, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Kassel, 11. Januar 2016



Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. März 2015
Vorlage Nr. 101.17.1597
Vorstellung des Konzepts zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern
Bericht des Magistrats

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 23. März 2015 beschlossen (geänderter Antrag):
„Der Magistrat wird aufgefordert, halbjährlich über die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport zu berichten.“

Die Unterbringung erfolgt dezentral in zurzeit 5 großen (mehr als 135 Plätze) und 22 kleinen Unterkünften (bis zu 30 Plätzen). In den Monaten Februar und März 2016 kommen 1 große und 9 kleine hinzu. Ab 13. Januar 2016 wird die „Überlaufereinrichtung“ in der Leipziger Straße 151 (ehemaliger Reno Schuhmarkt) in Betrieb genommen. Dort können maximal 148 Personen aufgenommen werden. Diese Einrichtung wird zur Überbrückung genutzt, wenn alle anderen zur Verfügung stehenden Unterkünfte voll belegt sind. Rund 400 Personen leben in Wohnungen.

Die soziale Beratung erfolgt durch den Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.. Es werden ausschließlich Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen mit Erfahrung in der Flüchtlingsberatung eingesetzt.

Entwicklung der Personenzahl (Leistungsbezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz):

31. Dezember 2013	459 Personen
31. Dezember 2014	711 Personen (+ 252 im Jahr 2014)
31. März 2015	852 Personen (+ 141 im 1. Quartal 2015)
30. Juni 2015	951 Personen (+ 99 im 2. Quartal 2015)
30. September 2015	1.116 Personen (+ 165 im 3. Quartal 2015)
31. Dezember 2015	1.717 Personen (+ 601 im 4. Quartal 2015).

Insgesamt sind derzeit rund 1.900 Personen untergebracht

Für das 1. Quartal 2016 liegt die Aufnahmequote bei 1.027 Personen.


Christian Geselle
Stadtkämmerer

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1904

23. November 2015
1 von 1

Gutachten zu Kosten der Unterkunft und Bericht Sozialamt vorstellen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird das Gutachten des IWU zu den Kosten der Unterkunft kurz vorgestellt. Das Gutachten wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.
2. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses wird der Jahresbericht des Sozialamtes kurz vorgestellt. Der Bericht wird als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Begründung:

Das Gutachten des IWU (Institut Wohnen und Umwelt) dient dem Jobcenter der Stadt Kassel als Grundlage für die Festlegung der Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft (KdU). Es sollte den Stadtverordneten zur Kenntnis gegeben werden und auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger einsehbar sein.

Im Oktober letzten Jahres ist von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, dass im Sozialausschuss einmal jährlich nach Erscheinen im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport der Jahresbericht des Sozialamts vorgestellt werden soll. Das ist für dieses Jahr noch nicht geschehen.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1905

23. November 2015
1 von 1

Angebot zur anonymen Spurensicherung bekannt machen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Kassel weist auf ihrer Internetseite darauf hin, dass am Klinikum Kassel die Möglichkeit zur anonymen Spurensicherung besteht.
2. Die Stadt Kassel wirkt beim Klinikum Kassel darauf hin, dass auch dort auf der Internetseite Informationen zum Angebot der anonymen Spurensicherung eingestellt werden.
3. Die Stadt Kassel setzt sich dafür ein, dass die Adresse des Klinikums Kassel auf der Internetseite der Organisation Terre des Femmes in der Auflistung der Kliniken erscheint, bei denen eine anonyme Spurensicherung angeboten wird.

Begründung:

Derzeit ist vielen gar nicht bekannt, dass es auch in Kassel die Möglichkeit gibt, nach einer Gewalttat anonym Spuren sichern zu lassen. Hinweise auf den Internetseiten von Stadt, Klinikum und Hilfsorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind, wie beispielsweise Terre des Femmes (der erste Treffer, wenn bei google „anonyme Spurensicherung“ als Suchbegriff eingegeben wird), würden dazu beitragen, dass Gewaltopfer von dem Angebot der anonymen Spurensicherung am Klinikum Kassel Kenntnis erhalten und dieses bei Bedarf nutzen können. Dadurch würde die Wahrscheinlichkeit steigen, die Täter überführen und verurteilen zu können.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

KASSELER LINKE

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
fraktion@Kasseler-Linke.de

Vorlage Nr. 101.17.1906

23. November 2015
1 von 1

Sachstand Anonyme Spurensicherung

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Am Klinikum Kassel besteht die Möglichkeit nach einer Gewalttat anonym Spuren sichern zu lassen.

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Form werden die Spuren, die am Klinikum Kassel gesichert werden, aktuell gelagert und über welchen Zeitraum werden diese so gelagert, dass sie vor Gericht uneingeschränkt als Beweismaterial dienen können?
2. Sind beim Verfahren der Spurensicherung oder der Lagerung der Spuren noch Änderungen geplant, um die Gerichtsverwertbarkeit zu verbessern? Falls ja, welche?
3. Ist inzwischen geklärt, wer dauerhaft die Kosten für die anonyme Spurensicherung am Klinikum Kassel trägt?
4. Welche Schritte sind unternommen worden, um andere Kliniken im Stadtgebiet dazu zu bringen, ebenfalls eine anonyme Spurensicherung anzubieten?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender

13. Januar 2016

-VF- Giebhardt

Tel. 8019



An -II-

über -V-

-16-
für das Protokoll

Für die Sitzung des Sozialausschusses 13. Januar 2016 –
Sachstand verfahrensunabhängige Spurensicherung

Derzeit werden Gespräche darüber geführt, in welcher Form die Spuren am Besten zu lagern sind, ob es z. B. sinnvoll wäre, sie im Rechtsmedizinischen Institut in Gießen zu lagern, oder besser hier vor Ort Kapazitäten auszubauen wären. Auch über die Frage der Frist der Lagerung muss noch abschließend beraten werden. Während in anderen Kliniken bzw. Instituten in Hessen nur eine Frist von einem Jahr vorgesehen ist, streben die Expertinnen vor Ort eher an, eine längere Frist zu haben. Im Rahmen von Informationen über das Projekt muss aber beispielsweise benannt werden, wie lang die Spuren aufbewahrt werden. Daher muss das erst geklärt werden, bevor eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit Sinn macht.

Von den hiesigen Beratungsstellen ist vorrangig die Kasseler Hilfe in die konkreten Planungen eingebunden. Sie hat von der Stadt Kassel bereits jetzt den Auftrag, Frauen zu beraten und zu begleiten, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, und wird eine wichtige Anlaufstelle sein, an die die Ärztinnen und Ärzte die Frauen verweisen können. In diesem Zusammenhang wurden die Mittel für die Kasseler Hilfe aus den zusätzlichen kommunalisierten Landesmitteln für den Bereich Gewaltschutz um 3000 € erhöht.

Die Öffentlichkeitsarbeit muss sorgfältig geplant sein, da sie sich hauptsächlich darauf richten sollte, Frauen zu ermutigen, sich helfen zu lassen, damit sie nicht aus Scham oder Angst davor, dass über ihren Kopf entschieden wird, sich gar nicht in die Klinik begeben. Die Erfahrung des Projekts in Frankfurt zeigen, dass nur ein Teil derer, die sich untersuchen lassen, wünscht, dass die Spuren gesichert werden, der Aspekt der Gesundheitsversorgung steht im Vordergrund.

Wenn die Frage der Lagerung geklärt ist, wird das der nächste Schritt sein. Der Landkreis Kassel hat Interesse gezeigt, sich ebenfalls an dem Projekt zu beteiligen. Insofern könnten dann weitere Kliniken in der Stadt und im Landkreis dazukommen (bislang ist das noch nicht der Fall). Da die Öffentlichkeitsarbeit stark internetbasiert geplant wird (Auffindbarkeit über Smartphones!), wird es dann kein Problem sein, in die Infomaterialien weitere Kliniken aufzunehmen. In Frage kommen allerdings nur Gynäkologische Kliniken, da die Spurensicherung mit Hilfe des Dokumentationsbogens nur dort vorgenommen werden kann.

Dr. Ute Giebhardt